

Kultusminister Maier reagierte unerwartet schnell auf Schreiben der Stadt

OB blickt zuversichtlich in die Zukunft der Ansbacher Synagoge

Von München Hilfe zur Restaurierung erbeten – Antwort „quasi als Zusage“ gewertet

A n s b a c h. „Absolut optimistisch“ ist Oberbürgermeister Dr. Ernst-Günther Zumach nun in bezug auf das Finanzierungsproblem der notwendigen Restaurierung der Ansbacher Synagoge. Denn: Schneller als die Stadt erwartete, hat der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Dr. Hans Maier, auf die Bitte des OB reagiert, in dieser Angelegenheit eine Ausnahmeregelung zu erwirken, um eine Förderung der Maßnahme aus dem Entschädigungsfonds zu ermöglichen. In der Antwort aus München sieht Dr. Zumach nun „die begründete Aussicht für die Stadt, das wertvolle Bau- und Kulturdenkmal wieder instand gesetzt zu bekommen, ohne selbst finanziell belastet zu werden“.

Wie bereits berichtet, weist das historische Gebäude, dessen Eigentümer der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern ist, so starke Schäden auf, daß Experten eine umfassende Restaurierung unumgänglich erscheint. Nach bisherigen Schätzen dürften sich die Kosten dafür auf etwa 850 000 Mark belaufen.

Weder die Stadt Ansbach, die kürzlich das zum Gebäude gehörende Dienerhaus erworben hat, noch die Haupteigentümer der Synagoge sehen sich jedoch imstande, diese Maßnahme zu finanzieren. Wie der Geschäftsführer des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern, Uri Siegel, der FLZ mitteilte, sei sein Verband lediglich eine Art Dachorganisation für die darin zusammengeschlossenen, aber autonomen Gemeinden, die mehr oder weniger finanzkräftig seien. Eine jüdische Gemeinde in Ansbach gebe es indes nicht mehr. Der Landesverband decke zwar die Verwaltungskosten und die laufenden Ausgaben für die Ansbacher Synagoge, die Aufwendungen für die „enormen Restaurierungsarbeiten“ könne er jedoch nicht tragen.

Verhandlungen der Stadt Ansbach mit der

Regierung vom Mittelfranken, dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Landbauamt Ansbach hatten jedoch bislang zu keiner Lösung geführt. Neue Möglichkeiten erhofft sich nun Dr. Zumach aus dem Antwortschreiben des Kultusministeriums, das – so der OB – auch auf entsprechende Initiativen des Regierungspräsidenten von Mittelfranken und von Landtagsabgeordneten hin – sehr schnell eingetroffen sei. Er entnimmt dem Brief die Chance, daß für die Synagoge zusätzliche Förderungsmittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben von Kultusminister Dr. Maier zunächst: „Ich teile Ihre Auffassung, daß die Synagoge als Kultstätte von hervorragender kultur- und religionsgeschichtlicher Bedeutung in ihrer Vollständigkeit der Nachwelt erhalten werden sollte.“ Weiterhin drückt der Kultusminister seine Hoffnung aus, daß eine Sanierung in den nächsten Jahren erfolgen könne. Seine Hoffnung beruhe auf folgenden Überlegungen: Da ein Sanierungsbeginn nicht unmittelbar bevorstehe, sollte der Versuch unternommen werden, die nach Untersuchungen der Bausubstanz genauer berechenbaren Kosten für das Städtebauför-

derungsprogramm des Jahres 1985 anzumelden und zusätzliche Mittel für diese Maßnahme zu erbitten. Er sei gerne bereit, dies gegenüber dem Staatsminister des Innern zu befürworten. Weiter heißt es: „Soweit nach dem Finanzierungsschlüssel der Städtebauförderung die Stadt finanziell überlastet sein würde, will ich auch ausnahmsweise die ergänzende Förderung aus Mitteln des Entschädigungsfonds prüfen. Auf diese Weise könnte es dann möglich sein, sich 1985 und 1986 an die Sanierung zu wagen.“

Ansbach Oberbürgermeister blickt nun nach dieser Antwort aus München, die für ihn „quasi eine Zusage“ ist, für die Synagoge – eine der wenigen vollständigen erhaltenen Gebäude dieser Art aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts – zuversichtlich in die Zukunft. Sollte die Restaurierung erfolgen – und daran glaubt die Stadt nicht mehr zweifeln zu müssen – soll das Gebäude der Staatlichen Verwaltung der Schlösser, Gärten und Seen zur Betreuung angeboten werden. Bei einem bereits erfolgten Gespräch mit dem Präsidenten dieser Verwaltung, berichtete der OB, sei Zustimmung signalisiert worden. Ein wichtiger Schritt zur Instandsetzung des historischen Gebäudes ist indes bereits in diesem Sommer vorgesehen. Wie Stadtbauamtsleiter Dr. Hans Bock mitteilte, hat das Landesamt für Denkmalpflege 20 000 Mark für statische Untersuchungen bereitgestellt. Diese sollen in einigen Monaten durchgeführt werden. mf